

**Auszug aus dem Plenarprotokoll Nr. 18/224 des Deutschen Bundestages am  
Mittwoch, den 22.03.2017 (S. 22451 – 22452)**

**TOP 1: Befragung der Bundesregierung**

**Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich würde die Wirtschaftsministerin gerne noch einmal zu den Rüstungsexporten in die Türkei befragen. – Wir haben uns sehr gefreut, heute zu lesen, dass die Bundesregierung jetzt auch Genehmigungen nicht erteilt. Allerdings hat Rheinmetall gleichzeitig verkündet, dass die Bundesregierung nichts damit zu tun habe, wenn Rheinmetall ein türkisches Partnerunternehmen dabei unterstützt, dort eine eigene Panzerproduktion aufzubauen.

Man fragt sich natürlich, wie das sein kann. Wird die Bundesregierung mit der Firma Rheinmetall darüber sprechen, und ist es richtig, dass dort keine Genehmigung erforderlich ist, obwohl das Know-how und die Technologie von Rheinmetall zur Produktion von Panzern in die Türkei transferiert werden?

**Vizepräsidentin Petra Pau:** Bitte, Frau Ministerin.

**Brigitte Zypries,** Bundesministerin für Wirtschaft und Energie:

Frau Kollegin Keul, die Bundesregierung kommt den strengen gesetzlichen Vorschriften im Bereich der Rüstungskontrolle nach. Deswegen wird jeder einzelne Export geprüft und über jeden einzelnen entschieden. In diesem Zusammenhang werden wir auch über die Exporte entscheiden, die in die NATO-Staaten gehen, weil auch sie genehmigt werden müssen; das ist völlig klar. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang auch über die NATO-Staaten reden.

Zur Frage, wie es mit dem Unternehmen, das von Rheinmetall und anderen gegründet wurde, und dem, was dort gebaut werden soll, aussieht: Das ist zunächst einmal nicht Teil der Genehmigungspraxis. Wir werden uns aber selbstverständlich damit befassen.